

Heike Dieckwisch u. a.

# Konfliktfelder der modernen Massendemokratie

Kurseinheit 1:  
Die Integration der Arbeiterschaft

kultur- und  
sozialwissenschaften

---

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

# Inhalt

Vorwort .....	5
1. Einleitung.....	7
2. Marcel van der Linden: The National Integration of European Working Classes. Exploring the Causal Configuration. ....	11
3. Heinz-Gerhard Haupt: Republikanische Sozialisten und soziale Republikaner: Zur politischen Strategie der französischen Arbeiter- bewegung zwischen 1880 und 1914 im internationalen Vergleich .....	38
4. Dieter Groh: Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches.....	52
5. Christopher Read: Labour and Socialism in Tsarist Russia.....	73
Auswahlbibliographie .....	94

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei

## Vorwort

Von demokratischen Staatsverfassungen kann vor dem Ersten Weltkrieg in Europa nur begrenzt die Rede sein. Neben der Schweiz wies allein die Republik Frankreich eine eindeutig demokratische Verfassungsordnung mit parlamentarischer Regierungsbildung und allgemeinem Männerwahlrecht auf. Auch Belgien, England und die skandinavischen Staaten befanden sich durch Wahlrechtserweiterungen sowie Einschränkungen der ersten Parlamentskammern deutlich auf dem Weg zur parlamentarisch-demokratischen Monarchie, und mit der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts schien sich auch das Königreich Italien, zumindest der Form nach, ähnlich zu entwickeln. Die übrigen Länder in Mittel-, Süd- und Osteuropa dagegen wurden nicht parlamentarisch regiert. Die Regierungen wurden hier von der monarchischen Staatsspitze gestellt, die nur in mehr oder weniger klarer Weise, im zaristischen Russland im Grunde gar nicht, konstitutionell gebunden war. Das gilt auch für das Deutsche Kaiserreich, in dem für die Wahl zum Reichstag zwar seit 1871 das allgemeine Männerwahlrecht galt, das Parlament selbst aber nur auf die Beteiligung an Gesetzgebung und Budgetbewilligung begrenzte Rechte ohne direkte Einflussnahme auf die monarchische Staatsspitze besaß.

Demokratische Staatsordnungen ?

Trotzdem ist es nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll, bereits für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg Problemfelder und Konfliktzonen der modernen Massendemokratie generell in den Blick zu nehmen. Denn an der gesellschaftlichen Basis hatte sich längst, national in mehr oder weniger deutlich ausgeprägten Formen, eine allgemeine Politisierung der Bevölkerung und damit eine Demokratisierung des öffentlichen und politischen Lebens entwickelt, wie sie in Partei- und Vereinsbildungen, Ausbildung, Differenzierung und Einfluss von Presse und öffentlicher Meinung, nicht zuletzt auch in den Wahlkämpfen hervortrat, die überall in Europa über die Zusammensetzung der mehr oder weniger einflussreichen Parlamente entschieden. In der bürgerlichen Gesellschaft bildete sich ein „politischer Massenmarkt“ (Hans Rosenberg) heraus, an dem große und weiter wachsende Teile der Bevölkerung partizipierten und der einen immer größeren politischen Einfluss gewinnen konnte. Dabei traten allerdings zugleich grundlegende Problemfelder und Konfliktzonen der gesellschaftlichen Massendemokratie hervor, die in dem hier vorliegenden Kurs behandelt werden:

Gesellschaftliche Basisdemokratisierung

1. Die Integration von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung, deren Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft prekär blieb und die zugleich überall revolutionäre Tendenzen ausbildeten.
2. Die Integration der Frauen in das politische Leben. Abgesehen von Norwegen (seit 1907), waren Frauen in keinem europäischen Land in gleicher Form wie die Männer am aktiven und passiven Wahlrecht beteiligt. Überall jedoch hatten sich politische Frauenbewegungen entwickelt, die nicht

nur die rechtliche, sondern auch die politische Gleichstellung mit den Männern auf ihre Fahnen schrieben.

3. Schließlich wird die Ausbildung rechtsradikaler politischer Tendenzen in den Blick genommen. Überall in Europa begannen sich in dieser Zeit Kräfte zu formieren, die dem gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozess feindlich gegenüberstanden und die herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnungen fundamental infrage stellten, die zugleich aber, anders als der traditionelle Konservatismus, den Versuch unternahmen, die Institutionen und Medien der bürgerlichen Öffentlichkeit aktiv für ihre politischen Zwecke zu nutzen und dabei selbst einen Modernisierungs- und Radikalisierungsprozess durchliefen.

Die drei Kurseinheiten sind als Reader angelegt. Mit ausgewählten Texten werden jeweils die Bedingungen und Entwicklungen verschiedener europäischer Länder teils für sich, teils vergleichend beleuchtet. Wir beginnen mit der Arbeiterschaft.

## 1. Einleitung zu dieser Kurseinheit

Der forcierte Industrialisierungsprozess, der insbesondere in den entwickelten kapitalistischen Ländern West-, Nord- und Mitteleuropas Ende des 19. Jahrhunderts in die Phase der Hochindustrialisierung mündete, hatte überall zur Ausbildung industriekapitalistischer Klassengesellschaften geführt, in denen die in sich höchst unterschiedlichen Gruppen der industriellen Arbeiterschaft generell eine ökonomisch ungesicherte, sozial deutlich von den bürgerlichen Schichten abgegrenzte und politisch vielfach entrechtete Existenz führten. Arbeiter lebten am Rande der bürgerlichen Gesellschaft, sie verfügten kaum über Bildung und Eigentum, sie waren gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sie mussten schwere körperliche Arbeit leisten und lebten dennoch am Rande des Existenzminimums, sie waren anders gekleidet als die Bürger, wohnten in spezifischen, ärmlichen Stadtteilen, gleiche politische Rechte wurden ihnen häufig vorenthalten, und ihnen wurde zunehmend klar, dass dieser Zustand kein Übergang, sondern von Dauer sein würde. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit rückte deshalb zunehmend in den Mittelpunkt der sozialen, aber auch der politischen Auseinandersetzungen der europäischen Gesellschaften, weil wachsende Teile der Arbeiterschaft ein Bewusstsein ihrer kollektiven Ausbeutung und Benachteiligung, ein verbindendes Klassenbewusstsein entwickelten und sich zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zu organisieren begannen. Es entstanden Arbeitergewerkschaften, die mit Streiks und Streikdrohungen gegenüber den Unternehmern kollektive Abkommen über Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten durchzusetzen versuchten. Hinzu kamen Arbeiterparteien, die vielfach nicht nur die politische Gleichberechtigung der Arbeiter einklagten, sondern darüber hinaus eine sozialistisch-revolutionäre Orientierung entwickelten und damit die herrschende bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihre staatliche Verfassung tiefgehend infrage stellten.<sup>1</sup>

Hochindustrialisierung  
und Arbeiterbewegung

Der Arbeiter habe kein Vaterland, so lautete die programmatische Parole, mit der Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem Kommunistischen Manifest von 1848 die Stellung des Proletariats zur bürgerlichen Nation zu bestimmen versucht hatten. Übernationale Gemeinsamkeiten der proletarischen Klasseninteressen führten in der Tat dazu, dass sich die organisierte Arbeiterbewegung schon früh auf internationaler Ebene zusammenschloss, in der sog. I. Internationale der Jahre 1864 bis 1876 und dann seit 1889 in der II. Internationale. Der proletarisch-sozialistische Internationalismus darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Arbeiterbewegung im wesentlichen doch auf dem Boden der Nationalstaaten entwickelte, in ihren jeweiligen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen agierte und davon zugleich tiefgehend geprägt wurde. Die Nationalstaaten grenzten einen Rahmen ab, in dem nicht nur relativ gleichartige Bedingungen herrschten, sondern

Sozialistischer Internationalismus und nationaler Staat

<sup>1</sup> Vgl. einführend Dick Geary, Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Europa 1848-1939, München 1983 (Orig. London 1981), insb. S. 83-121.

in dem auch die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen getroffen wurden, auf die die Arbeiterbewegung Einfluss zu gewinnen versuchte. Und ihre unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus sowie ihre sozialen und politischen Organisationsformen prägten damit auch die jeweiligen Arbeiterorganisationen, die im einzelnen höchst unterschiedliche Orientierungen und Aktionsformen ausbildeten. Um die richtige Strategie wurde in den Arbeiterbewegungen aller Länder gerungen, doch zugleich entwickelten sich auch deutliche nationale Spezifika. Das Spektrum war dabei weit gespannt, es reichte auf gewerkschaftlichem Gebiet von der direkten Aktion des revolutionären Syndikalismus mit Schwerpunkt in Frankreich, Spanien und Italien bis zum Aufbau straff gelenkter, streikfähiger Massenorganisationen etwa in England und Deutschland, wobei auf der Insel allerdings eine deutliche Distanz zum politischen Sozialismus feststellbar ist, während die freien Gewerkschaften in Deutschland sich als Teil einer sozialistischen Arbeiterbewegung verstanden. Auf dem Gebiet der Politik umfasste das Spektrum sowohl marxistisch-revolutionäre als auch reformerische, zur aktiven Mitarbeit im bestehenden politischen System bereite Parteien. In der II. Internationale dominierte das Marxismusverständnis der deutschen Sozialdemokratie, nach dem der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als eine aus ihren inneren Widersprüchen hervorgehende, unausweichliche Naturnotwendigkeit erschien, den es nicht herbeizuführen, sondern auf den es vorbereitet zu sein gelte. Dem daraus hervorgehenden fundamentaloppositionellen, aber attentistischen Politikverständnis, das auch in der SPD auf Opposition von links wie von rechts traf, setzten die Arbeiterparteien anderer Länder den Versuch einer aktiveren Einflussnahme auf die nationale Politik wie etwa in England und Frankreich, aber auch aktivistischere revolutionäre Perspektiven entgegen, für die vor allem die russischen Bolschewiki eintraten.

Nationale Integration?

Angesichts der gesellschaftlich wie politisch prekären Lage der Arbeiterschaft stellte sich, je größer der Massenanhang der Arbeiterbewegungen wurde, in allen europäischen Ländern umso dringlicher die Frage nach ihrer Stellung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und des nationalen Staates, oder positiv formuliert nach ihrer gesellschaftspolitischen Integration. In Deutschland etwa waren die sozialistischen Gewerkschaften im frühen 20. Jahrhundert mit über 2 ½ Millionen Mitgliedern zur mit Abstand größten Massenorganisation geworden, die SPD gewann bei den Wahlen von 1912 gar mehr als 1/3 der Wählerstimmen und stellte die größte Fraktion im Reichstag. Würde sie diesen Wahlsieg auch in politischen Einfluss umsetzen können, lautete die heiß diskutierte Frage, und wie würden die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die die Sozialdemokraten lange als „Reichsfeinde“ und „vaterlandslose Gesellen“ aus der Nation ausgegrenzt hatten, auf einen Machtgewinn der sozialistischen Arbeiterbewegung reagieren, der ihre privilegierte Stellung in Staat und Gesellschaft doch nachdrücklich bedrohen musste?

Arbeiterbewegung und Krieg

Die gesellschaftspolitische Integration von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung war zweifellos aber ein Thema, das alle entwickelten Gesellschaften Europas betraf. Ihre konkrete Ausgestaltung allerdings vollzog sich nicht nur unter höchst

vielfältigen und unterschiedlichen Bedingungen, sie gewann auch qualitativ deutlich unterscheidbare Ausprägungen, wie sie nicht zuletzt dafür von Bedeutung waren, ob es Ende des Ersten Weltkrieges, in den Jahren 1917/18, zu Revolutionen kam oder nicht. Die Frage nach der Integration der nationalen Arbeiterbewegungen in die jeweiligen gesellschaftspolitischen Ordnungen ist von der Forschung allerdings in der Regel ausgehend von 1914 behandelt worden. Der internationale Sozialismus hatte den Anspruch erhoben, der im Zeichen des kapitalistischen Hochimperialismus anwachsenden Kriegsgefahr die internationale Klassensolidarität der Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde jedoch nicht nur die Schwäche der Internationale deutlich, der es nicht gelang, den Krieg zu verhindern. Vielmehr traten nun auch in den Arbeiterbewegungen fast aller beteiligten Länder die nationalen Interessen deutlich in den Vordergrund. Die Mehrzahl der Arbeiterparteien bewilligte Kriegskredite und beteiligte sich auch auf andere Weise an den nationalen Kriegsanstrengungen, die Internationale zerbrach. Der erste im folgenden abgedruckte Text des Amsterdamer Sozialhistorikers Marcel van der Linden geht von diesem Faktum aus und unternimmt den rückblickenden Versuch, anhand verschiedener sozialgeschichtlicher Parameter den nationalen Integrationsprozess der europäischen Arbeiterbewegungen, genauer für Deutschland, England, Frankreich, Italien und Russland, vergleichend zu bestimmen und zu analysieren.

Die folgenden Texte beleuchten drei spezifische nationale Kontexte, wobei Nord- und Südeuropa ausgeklammert bleiben.<sup>2</sup> Sie können die allgemeine Analyse van der Lindens in vieler, aber nicht in jeder Hinsicht bestätigen. Für Frankreich kommt der inzwischen in Bielefeld und Florenz lehrende Sozialhistoriker Heinz-Gerhard Haupt zu dem Ergebnis, dass die Arbeiterbewegung trotz ihrer diversen revolutionären Traditionen im frühen 20. Jahrhundert zu einer weitgehend integrierten, die parlamentarische Republik und ihre politische Kultur als Boden der Politikgestaltung akzeptierenden Kraft geworden war. Wie weit mehr noch das, auf ganz andere Weise, auch für die englische Arbeiterbewegung und ihre Stellung in der parlamentarischen Monarchie galt, wird nicht zuletzt darin deutlich, dass die Frage nach ihrer gesellschaftspolitischen Integration von der Forschung gar nicht aufgeworfen wird.<sup>3</sup> In England spielten zum einen spezifisch sozialistische Organisationen nur eine eher geringe Rolle. In der Arbeiterbewegung dominierten die Gewerkschaften, die überwiegend im Rahmen der bestehenden Ordnung Verbesserungen für die Arbeiterschaft durchzusetzen versuchten und auch

Aufbau der Kurseinheit:

Frankreich

Entwicklung in England

<sup>2</sup> Zur relativ integrierten Stellung der skandinavischen Arbeiterbewegungen vgl. Einhart Lorenz (Hg.), *Forschungen zu Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Norwegen*, Essen 1997 (Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung, H. 19). Starke syndikalistisch-revolutionäre Traditionen wies die Arbeiterbewegung in den überwiegend agrarisch geprägten, zugleich aber mit hochindustrialisierten Regionen durchsetzten süd- und südwesteuropäischen Ländern wie Italien und Spanien auf. Vgl. Walther L. Bernecker (Hg.), *Forschungen zu Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Spanien*, Essen 1996 (Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung, H. 17).

<sup>3</sup> Vgl. Duncan Tanner, *Political Change and the Labour Party, 1900-1918*, Cambridge 1990; K. D. Brown (Hg.), *The First Labour Party, 1906-1914*, London u. a. 1985.

durchsetzen konnten. Auf politischer Ebene entwickelte sich die Vertretung von Arbeiterinteressen, zum anderen, lange im Rahmen der Liberalen Partei, die liberale Arbeitervertreter, sog. Lib-Labs, ins Parlament entsandte. Die Labour Party entstand erst Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Gewerkschaften eine eigenständige politische Vertretung im Parlament aufbauen wollten, und sie agierte vorerst weiterhin als Juniorpartner der Liberalen, mit denen Wahlbündnisse geschlossen und deren soziale und politische Reformpolitik von Labour im Parlament unterstützt wurde. Obwohl manche führenden Vertreter der Labour Party (ebenso wie der Liberalen) den Eintritt Englands in den Ersten Weltkrieg ablehnten, trat die Partei schon im Frühjahr 1915 in die Regierung ein; ein Schritt übrigens, den die französischen Sozialisten schon ein halbes Jahr zuvor vollzogen hatten.

#### Rußland

Auf der anderen Seite des von van der Linden dargelegten Spektrums bestätigt der abschließende Beitrag von Christopher Read, wie sehr Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Russland außerhalb der etablierten Ordnung standen und zugleich deutlich revolutionäre Tendenzen entwickelten. Nicht, wie die Klassiker des Sozialismus gemeint hatten, in den am weitesten entwickelten industriekapitalistischen Ländern ergaben sich revolutionäre Situationen, sondern im ökonomisch und gesellschaftlich rückständigen Russland mit seinem autokratischen politischen System einerseits, seinen dominant agrarischen, von wenigen industriellen Zentren durchsetzten Strukturen andererseits. Die misslingende Integration von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung war im frühen 20. Jahrhundert offensichtlich eher ein Problem gesellschaftlicher Rückständigkeit als ausgeprägter Modernität.

#### Deutschland

Weniger eindeutig dagegen stellt sich diese Problematik dar, wenn der deutsche Fall mit seiner hochmodernen industriekapitalistischen Entwicklung und seiner hoch entwickelten Arbeiterbewegung in den Blick genommen wird. Zwar integrierte sich auch die Sozialdemokratie 1914 in den nationalen Burgfrieden, doch 1918 kam es auch im deutschen Kaiserreich, ähnlich wie in Österreich-Ungarn, zur Revolution. Anders als van der Linden betont der Konstanzer Sozialhistoriker Dieter Groh den spezifisch negativen Charakter des Integrationsprozesses, den die deutsche Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg im trotz aller ökonomischen Modernität verfassungspolitisch weiterhin nicht parlamentarisierten Kaiserreich durchlaufen hatte. Seine Analysen waren von vornherein umstritten, die abgedruckten Diskussionsbeiträge zu seinem Referat auf dem deutschen Historikertag 1972 verdeutlichen dies. Ob die deutsche Arbeiterbewegung im Grunde positiv, oder doch eher negativ, durch die Art ihrer Ausgrenzung und Opposition in die Nation und ihr gesellschaftspolitisches System integriert war, bleibt bis heute eine in der Forschung umstrittene Frage.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. zum Forschungsstand Gerhard A. Ritter u. Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich*, Bonn 1992.